



SPD

Die sozialdemokratische
Kreistagsfraktion
im Landkreis Esslingen

SPD • Pulverwiesen 11 • 73726 Esslingen a. N.

HAUSHALT 2018

Zweite Lesung
Donnerstag, 9. November 2017

STELLUNGNAHME

Es gilt das gesprochene Wort.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

Sehr geehrter Herr Eininger,
sehr geehrte Herren und Damen, liebe Kollegen und Kolleginnen,

dieses Zitat von Willy Brandt habe ich gewählt, weil es einerseits den Blick nach vorne weist und andererseits verdeutlicht, dass Gestaltungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten gegeben sind und eine interessante Herausforderung darstellen.

Für die Gestaltung der Zukunft spielt Bildung eine zentrale Rolle. Zukunft und Bildung sind untrennbar miteinander verbunden. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Deshalb ist nach unserem Dafürhalten das Angebot vielfältiger Bildungswege unverzichtbar, um der Vielfalt an unterschiedlichen persönlichen Fähigkeiten und Lern- und Lebenswegen gerecht zu werden. Berufliche Schulen haben zu Recht einen hohen Stellenwert. *Der berufliche Bildungsweg ist eine zentrale Säule unseres Schulsystems, die jungen Menschen eine klare Perspektive durch eine hohe fachliche Qualifikation kombiniert mit einer praxisnahen Ausbildung bietet.* Nicht von ungefähr orientieren sich international viele Länder an unserem Modell der dualen Ausbildung. Der Landkreis Esslingen hat in den letzten Jahren viel dafür getan, um seine beruflichen Schulen zukunftsfähig aufzustellen. Wichtige bauliche Maßnahmen wie der Neubau der Albert-Schäffle-Schule und der Neubau der Sporthalle am Schulzentrum Zell sind auf den Weg gebracht. Investitionen in die Bausubstanz sind wichtig, denn der gute Zustand und die hervorragende Ausstattung unserer beruflichen Schulen im Landkreis sind notwendig, um die Attraktivität unserer beruflichen Schulen zu erhalten. Sie alleine reichen aber nicht aus, um den Herausforderungen der Zukunft auch gerecht zu werden.

Zukunftsfähigkeit und Digitalisierung sind die beiden Seiten einer Medaille. Das Thema Digitalisierung stellt Schulen, Handwerk und Industrie – stellt uns alle - vor ganz neue Herausforderungen.

Erste Schritte mit verschiedenen Projekten an unseren beruflichen Schulen sind gemacht. Konzept Handwerk 4.0 und Projekt Industrie 4.0 mögen als Stichworte genügen. Eine Umsetzung der Digitalisierung bedarf finanzieller und personeller Ressourcen.

Um dem Thema gerecht zu werden, muss es aus unserer Sicht in einen Gesamtkomplex gestellt werden. Dazu bringen wir einen entsprechenden Antrag ein.

Unabdingbar wird auch eine kritische Debatte über Formen und Folgen der Digitalisierung im Bildungsbereich sein. Die Chancen gilt es zu sehen und zu nutzen, aber auch die Risiken müssen beleuchtet werden und eine Auseinandersetzung mit diesen muss erfolgen.

Der Einsatz von Neuen Medien ist kein Selbstzweck, er muss pädagogisch wie didaktisch durchdacht erfolgen und die Menschen müssen mitgenommen werden.

Im Bereich unserer Schulen mit sonderpädagogischem Schwerpunkt warten wir gespannt auf die für das nächste Frühjahr angekündigte Machbarkeitsstudie für die bauliche Neuausrichtung der Bodelschwingh-Schule. Aus unserer Sicht besteht hier dringender Handlungsbedarf, um sowohl der Schule als auch dem im gleichen Gebäude untergebrachten Kindergarten die Rahmenbedingungen zu schaffen, um Kindern mit besonderem und sehr individuellem Förderbedarf gerecht werden zu können. Wir gehen davon aus, dass es auch hier gelingen wird, in einem partnerschaftlichen und kooperativen Miteinander von Verwaltung, Kreistag und Schulleitung zu einem guten Ergebnis zu kommen.

Unsere Fraktion stellt im Hinblick auf den Haushalt 2018 des Weiteren noch

- eine Anfrage zur Situation von Mensen an unseren Schul-Standorten,
- einen Antrag zur Stärkung der Kultur- und Kreativ-Wirtschaft in unserem Landkreis,
- einen Antrag zur Thematik „Sprachförderung von Migrantinnen/Migranten“,

und wir beantragen

- die Erstellung eines digitalen Kunst-Kataloges
- sowie ähnliche und weitere Kunstprojekte wie die „Lebens-Bühnen“ im Freilichtmuseum in Beuren zu initiieren.

Wenn es um Zukunftsgestaltung geht, sollten diejenigen mit ins Boot genommen werden, sollte insbesondere denjenigen Teilhabe ermöglicht werden, die in der Zukunft auch Verantwortung zu übernehmen haben werden: die jungen Menschen!

Im Oktober hat ein erste Jugend-Landkreis-Konferenz stattgefunden.

Für den gelungenen Auftakt mit über 180 jungen Menschen möchten wir uns bei allen Beteiligten – und es waren zahlreiche Kooperationspartner – bedanken!

Die Teilnehmer/-innen zeigten ein großes Interesse, die eigene Zukunft mitgestalten zu wollen.

Wir unterstützen gerne eine Fortsetzung im kommenden Jahr. Über eine jährliche Plattform für Anregungen und Wünsche an die Politik hinaus wünschen wir uns allerdings eine Verstetigung und Intensivierung einer Jugendbeteiligung. Die ernsthafte Auseinandersetzung und Abwägung verschiedener Interessen in der Demokratie zu üben und sich selbstverständlich in die Gestaltung einzubringen, erfordert mehr als ein einmal jährlich stattfindendes Event. Ob hierfür ein formalisierter Jugendkreistag das richtige Format wäre, wollen wir nicht vorwegnehmen.

Unsere Bitte an die Verwaltung ist, diesbezüglich initiativ zu werden und gemeinsam mit Partnern wie dem Kreisjugendring über weitergehende Beteiligungsformen das Gespräch aufzunehmen.

Über Demokratie darf nicht nur geredet werden, sondern Demokratie muss erlebbar gestaltet werden.

Wir beantragen, für den Neubau des Landratsamtes auch eine Betriebs-Kita vorzusehen. Die Landkreisverwaltung ist mit rund 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein großer Arbeitgeber mit einer hohen Teilzeitquote.

In Zukunft wird die Bereitschaft eines Arbeitgebers, sich umfassend für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf einzusetzen, mit darüber entscheiden, wer die besten Fachkräfte für sein Unternehmen gewinnen kann. Dies gilt insbesondere im Bereich des öffentlichen Dienstes, wo sich der Fachkräftemangel in den kommenden Jahren besonders dramatisch auswirken wird.

Fakt ist, dass wir in einem Land leben, das reich ist.

Die Wirtschafts-Sachverständigen prognostizieren ein weiteres Wirtschaftswachstum.

Auch in unserem Landkreis ist wirtschaftlich eine erfreuliche Situation gegeben.

Andererseits müssen wir ebenso einen vor ein paar Wochen erschienenen Armutsbericht der Bertelsmann-Stiftung zur Kenntnis nehmen, dessen Ergebnisse und Aussagen

alarmierend sind. Diese Langzeitstudie belegt, dass fast 1/3 der Kinder Armutserfahrungen haben. Drei Gruppen sind besonders betroffen: Kinder von Alleinerziehenden, Kinder mit zwei oder mehr Geschwistern und Kinder mit gering qualifizierten Eltern.

Und festzustellen und festzuhalten ist, dass immer mehr Menschen in Deutschland armutsgefährdet sind, obwohl sie arbeiten.

Das Beschäftigungswachstum in Deutschland beruht ganz wesentlich auf dem Anwachsen von Teilzeitstellen sowie dem Anwachsen des Niedriglohnssektors insgesamt.

Wer die Zukunft im Blick hat, den müssen diese Fakten beunruhigen, zumal sich Armut auch vererbt. Die Ursachen von Armut müssen angegangen werden. Darin liegt eine entscheidende Zukunftsaufgabe.

Wenn 96,5 % des Kreisumlageaufkommens für den Bereich Soziale Sicherung vorgesehen werden müssen, dann ist das ohne Frage eine hohe Quote!

Die Ursachen dafür sind multikausal. Auch gesetzliche Veränderungen wirken sich aus.

Deshalb ist eine differenzierte Wahrnehmung und Beurteilung erforderlich.

Ganz persönlich ist mir die Anmerkung ein Anliegen, in den Blick zu nehmen, dass in den vergangenen Jahren bei den Haushaltseinbringungen grundsätzlich höhere Ansätze für den Sozialen Bereich eingebracht und entsprechende Befürchtungen geäußert wurden.

Die Sachlage war dann sowohl bei den Finanzzwischenberichten als bei den Finanzabschlussberichten immer eine andere.

Unser Landkreis kann stolz sein auf sein vielfältiges und unterschiedliches Leistungsangebot. Das ist ein Qualitätsmerkmal.

Zu unseren Anträgen im Sozialbereich!

Eine auf drei Jahre befristete Unterstützung in Höhe von 9.000 Euro für die Tafelläden im Landkreis ist ausgelaufen.

Wir beantragen, diese Summe für weitere drei Jahre einzustellen.

Die Situation ist unverändert, sie hat sich eher noch zugespitzt!

Es kommen mehr Menschen denn je in die Tafelläden, weil die Mieten hoch sind und so weniger Geld für Nahrungsmittel zur Verfügung steht.

Ein weiterer Antrag bezieht sich auch auf Menschen in unserem Landkreis, die auf Unterstützung angewiesen sind.

Es geht um die Erstattung von Mietkosten für AGLII-Empfänger.

Bis zur Neuordnung von Mietobergrenzen im Landkreis und bis ein neues Konzept greift, beantragen wir, auf Antrag die Mietkosten zu erstatten nach Wohngeldgesetz plus einem 10%igen Aufschlag.

Die letzten drei Jahre hat uns das Thema „Menschen auf der Flucht“ in hohem Maße beschäftigt. Zuerst mussten Strukturen aufgebaut werden, um die Erstunterbringung zu gewährleisten. Jetzt geht es darum, die Menschen, die zu uns gekommen sind, in den Kommunen zu integrieren. Dies ist eine Langzeitaufgabe, die nicht alleine die Flüchtlinge im Blick hat, sondern die das positive und produktive Miteinander in unserer Gesellschaft als Ziel haben muss. Es muss uns bewusst sein, dass die Umsetzung der Integration für alle ein Gewinn ist, wenn wir die Ressourcen nutzen und Möglichkeiten schaffen, dass sich die Geflüchteten einbringen können und wieder einen Lebenssinn finden.

Es muss in unser aller Interesse sein, dass Flüchtlinge darauf vertrauen können, dass uns deren Integration ein Anliegen ist.

Fragen, die uns beschäftigen und die auch in diesbezüglichen Anträgen ihren Niederschlag finden, sind:

Wie unterstützt unser Landkreis die Integration?

Wie können die Kommunen profitieren von den auf Landkreisebene gemachten Erfahrungen?

Welche Hilfestellungen sind für das Handwerk und die Industrie durch unsere Wirtschaftsförderung möglich um die Zielsetzung zu erreichen, dass möglichst

viele Flüchtlinge ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können und auch Stellen in Mangelbereichen/-berufen besetzt werden können?

Dass für Arbeitsgenehmigungen nicht ein Zeitraum für 5 Monate notwendig ist, machen die großen Kreisstädte vor, die innerhalb von 14 Tagen eine Ausstellung ermöglichen.

Wir fragen auch: braucht es einen B2-Abschluss, um beispielsweise Bäckerlehrling zu werden?

Wie können hilfreiche Programme wie das WiAA und DAA noch besser gestärkt werden – z.B. auch als Eigenfinanzierung durch den LK, damit Sprache und Kultur auch an nicht Anerkannte und Geduldete weitergegeben wird – an Mütter mit Kindern?

Wie gelingt das Zusammenspiel zwischen Sozialem Dienst, AWO und den Integrationsmanagern?

Wir beantragen, dass die Mittel für die Ehrenamts-Koordinatoren in voller Höhe erhalten bleiben. Ohne die konkrete und praktische Arbeit der Ehrenamtlichen und deren vielseitigem Engagement ist auch eine Integration nicht zu leisten.

Wir brauchen das Ehrenamt nach wie vor, nicht nur in Sonntagsreden!

Wir wünschen uns insgesamt eine förderliche, unterstützende Haltung aller in der Verwaltung Beteiligten für die Menschen, die hier ein Bleiberecht haben, damit Energie für die Bewältigung der wirklichen Probleme zur Verfügung steht.

Im Hinblick auf die Zukunft gut aufgestellt sind wir unverändert, was unseren Abfallwirtschaftsbetrieb betrifft.

Mülltrennung ist im Landkreis Esslingen zwischenzeitlich zur Selbstverständlichkeit geworden und hat den positiven Effekt, dass die Müllgebühren im Landkreis niedrig und stabil sind.

Vor über zwanzig Jahren sind wir in die Biomüllverwertung mit dem Kompostwerk in Kirchheim eingestiegen.

Zusammen mit dem Landkreis Böblingen sehen wir die Möglichkeit einer Weiterentwicklung der Biomüllverwertung u.a. durch Vergärung. Im nächsten Jahr werden die in Auftrag gegebenen Voruntersuchungen vorliegen, die Voraussetzung dafür sind, um in der Zukunft tragfähige politische Entscheidungen treffen zu können.

Kein Selbstläufer ist eine positive Wirtschaftsentwicklung.

Wirtschaft, Politik und Verwaltung müssen eng zusammenarbeiten, wenn es darum geht, gemeinsam lösungsorientierte Konzepte für die Zukunft zu erarbeiten.

Drei Aspekte möchten wir insbesondere hervorheben.

1. Mit der Planung für das Backbone der Glasfasernetze im Landkreis und dem Beginn der Umsetzung in diesem Jahr sind wir auf dem richtigen Weg. Wir hoffen noch auf die entsprechende Organisationsstruktur innerhalb der Region.
2. Der im Juni dieses Jahres begonnene Zukunftsdialog vor dem Hintergrund der Prognos-Studie 2016 mit den vier Themenbereichen „Infrastruktur, Fachkräftemangel, Strukturwandel und Digitalisierung“ hat deutlich gemacht, dass wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen dürfen, sondern gefordert sind, Schwachstellen zu identifizieren und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Präsentation der Ergebnisse der Workshops muss das Startsignal sein, neue Ideen und Projektvorschläge für unseren Landkreis anzustoßen und zu entwickeln. Entscheidend wird es darauf ankommen, die Menschen mitzunehmen, gewinnen und begeistern zu können für Veränderungen und die Entfaltung von Potentialen.
3. Im Haushaltsplan ist unter TH 8 mit einem Betrag von 49.000 Euro das integrierte Klimakonzept ausgewiesen. Allein eine Untersuchung zur Reduzierung des CO₂-Ausstosses geht nach unserem Dafürhalten nicht weit genug. Ein integriertes Klimakonzept muss auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sein – Inhalte des Klimakonzeptes müssen sein: Ökologie, Ökonomie sowie soziale und kulturelle Aspekte.

Erfreulicherweise unverändert gut für die Zukunft aufgestellt sind wir zwischenzeitlich auch was unsere Kreiskliniken – die Medius-Kliniken - betrifft. Fakten belegen und Zahlen zeigen, dass in den letzten drei Jahren nachhaltige Erfolge zu verzeichnen sind. *Sowohl die Fallzahlen als auch die sogenannten Schweregrade weisen eine deutliche Entwicklung nach oben auf. So sind die Fallzahlen zwischen 2013 und 2016 um 4500 gestiegen.*

Das Jahresergebnis 2016 weist einen Überschuss von 9,44 Millionen Euro aus.

Diese sehr positive Entwicklung ist – neben den vorgenommenen Strukturveränderungen - unverändert zu verdanken im Wesentlichen dem qualifizierten und hoch engagierten Ärzte- und Pflegepersonal sowie einer verlässlich und sachkundig agierenden Verwaltung.

Aber auch in diesem Bereich gilt, dass es keinen Stillstand geben darf.

Nachdem in Kirchheim und Nürtingen Baumaßnahmen erfolgt sind, muss nun in den nächsten drei Jahren auch Ostfildern-Ruit im Hinblick auf bauliche Maßnahmen zukunftsfähig aufgestellt werden. Mit einem Investitionsprogramm von 100 Millionen Euro werden leistungsfähige Funktionsräume und sachgerechte Bettenabteilungen geschaffen.

Die Einrichtung einer geriatrischen Abteilung in Ruit ist Beleg dafür, dass gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung getragen und somit Zukunftsfähigkeit sichergestellt wird.

Mit realistischem Blick nehmen wir wahr, dass sich die Rahmenbedingungen auch perspektivisch nicht wesentlich verbessern werden.

So halten die Leistungsentgelte der Kassen mit der Lohnentwicklung nicht immer Schritt und es ist zu befürchten, dass die Personalengpässe im ärztlichen und pflegerischen Bereich uns weiterhin beschäftigen und ein Problem darstellen werden.

Aber da unverändert eine Orientierung der Verantwortlichen an den Realitäten gegeben ist, sind wir zuversichtlich, dass die Medius-Kliniken auch in Zukunft gut aufgestellt sind.

Dem Anspruch „der Mensch steht im Mittelpunkt“ – und zwar derjenige, der als Patient in die Klinik kommt und derjenige, der die medizinische und pflegerische Versorgung leistet – gilt es, jeden Tag gerecht zu werden.

„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“

Die Gestaltung des ÖPNV ist ein zentrales Thema und von entscheidender Bedeutung für unseren Landkreis und Lebensraum.

Wer tagtäglich in unseren Bahnen und/oder auf unseren Straßen unterwegs ist, weiß um den Handlungsbedarf.

Um den politischen Ziel näherzukommen, mehr Autopendler zum Umstieg auf den ÖPNV zu bewegen, ist sicherlich auch ein anderes, gerechteres Tarifsystem eine der Voraussetzungen. In der Regionalversammlung sind ja bereits entsprechende Entscheidungen getroffen worden. Ziel ist eine Neuregelung, die zum 1.1.2019 in Kraft tritt.

Neue Strukturen und Konzeptionen sind überfällig und sicherlich muss auch das Thema „Sozialticket“ auf die Agenda.

Und klar muss auch sein, dass alle Veränderungen Kosten bedeuten, die entweder von der Allgemeinheit oder dem/der einzelnen Bürger/-in, der/die den ÖPNV in Anspruch nimmt, getragen werden müssen.

Vor dem Hintergrund, dass ein gemeinsamer Antrag von den Freien Wählern, unserer Fraktion und der FDP-Fraktion bezüglich einer Modifizierung der Finanzierungs-Leitlinien eingebracht worden ist, und in der Hoffnung, dass dieser in der Dezember-Sitzung verabschiedet werden und eine Mehrheit finden wird, werden wir unseren Vorschlag für die Festlegung des Kreisumlage-Hebesatzes für 2018 im Rahmen dieser Sitzung einbringen.

Gestatten Sie mir als Geschichtslehrerin noch die Anmerkung, dass die zweite Lesung heute an einem historischen Datum stattfindet:

am 9. November im Jahr 1918 erfolgte die zweimalige Ausrufung der Weimarer Republik, am 9. November im Jahr 1938 war die Reichspogromnacht und der 9. November 1989 ging als das Datum für den Mauerfall in die Geschichte ein.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!

Die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion freuen sich auf einen konstruktiven Austausch im Jahr 2018 in den jeweiligen Ausschüssen zu unseren eingebrachten Anträgen!